Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10–12 Uhr.
Nachmittags 5–6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 52. Sonnabend den 21. Februar 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 22. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Waldpflanzen-Verkauf.

Von dem Forstreviere **Leipzig-Connewitz** können in diesem Frühjahre durch den Herrn Revierverwalter Schönherr nachstehende Holzpflanzen zu den beigesetzten Preisen gegen Baarzahlung oder Nachnahme und vorherige schriftliche Bestellung, sowie gegen Vergütung der Selbstkosten für Verpackung und Transport zur Bahn etc. bezogen werden, als:

Stück-Zahl	Holzarten	Höhe cm	Preise à Stück ℳ	₰	à Hundert ℳ	₰
	I. Laubhölzer. a. Sämlinge.					
20000	2–3jährige Rüstern, Ulmus camp.	30–60				50
500	3jährige Sommerlinden, Tilia grandif.	75			1	50
3000	3jährige Rotherlen, Alnus glutin.	50–70				70
5000	3jährige Birken, Betula alba	50–70				80
10000	1jährige Stiel-Eichen, Querc. pedunc.	15–25				60
	b. Verschulte:					
5000	Eichen-Ausschuß, Querc. pedunc., zu Stammpflanzungen etc.	100–200			5	
2000	Weißbuchen, Carp. bet.	150–250			12	
2000	dergl. Ausschuß zu Hecken und Remisen	100–200			5	
2000	Amerik. Graueſche, Fraxinus pubescens	150–200			6	
1000	dergl. Ausschuß	100–150			3	
300	Roßkastanien	400		50	20	
2000	Birken, Betula alba	120–200			10	
2000	Rüstern, Ulmus camp.	120–200			12	
2000	dergl. Ausschuß	100–150			4	
300	Amerik. Rotheiche, Querc. rubra	100–200		25	20	
	II. Nadelholz.					
50000	1jährige Fichtensämlinge, Abies excels.	.				20
10000	2jährige Fichtensämlinge, Abies excels.	.				25
5000	3jährige Fichtensämlinge, Abies excels.	.				30
5000	4–6jähr. dergl. verschult, mit Ballen	30–60				
	I. Wahl				5	
	II. Wahl				2	
4000	6–7jährige verschulte Fichten I. Wahl, mit Ballen	75–100		50	40	
5000	dergleichen II. Wahl mit Ballen			25	20	
2000	6–8jähr. Fichten mit Ballen I. Wahl	125–150		60	50	
1000	dergleichen II. Wahl			30	25	
1000	dergleichen I. Wahl	175–200	1		90	
500	dergleichen I. Wahl	225–300	1	50	125	
	Anmerkung. Die Fichten I. Wahl eignen sich vorzüglich zu Parkanlagen, II. Wahl zu Wildremisen etc.					

Leipzig, am 12. Februar 1891.

Des Raths Forstdeputation.

Verkauf von Altmaterial.

Bei der Materialien-Verwaltung der Ober-Postdirection (Postgebäude in der Hospitalstraße hier) lagern an Altmaterial gegen

4800 kg Eisendraht,
4250 kg Stahldraht,
970 kg Schmiedeeisen,
70 kg Gußeisen,
115 kg Eisenblech,
45 kg Zinkblech,
16 kg Messing,
4,5 kg Leder,
20 kg Leinen,
85 kg Kupferdraht mit Guttapercha-Umhüllung,
11 kg Filz;

desgleichen bei den Telegraphenämtern in
Chemnitz 320 kg Eisendraht, 2220 kg Stahldraht, 290 kg Glas,
Zwickau (Sa.) 50 kg Eisendraht, 200 kg Stahldraht,
endlich bei den Postämtern in
Crimmitschau 130 kg Eisendraht, 40 kg Stahldraht,
Dahlen (Sa.) 1330 kg Eisendraht,
Gößnitz (S.-A.) 1000 kg Eisendraht,
Herlasgrün 1100 kg Eisendraht,
Mieritzsch (Sa.) 4200 kg Eisendraht,
Oschatz 1730 kg Eisendraht,
Ostrau (Sa.) 680 kg Eisendraht,
Plauen (Vogtl.) 2410 kg Eisendraht,
Reichenbach (Vogtl.) 1340 kg Eisendraht,
Werdau 800 kg Eisendraht,
Wurzen 90 kg Eisendraht.

Die vorbezeichneten Altmaterialien, deren Besichtigung bei den genannten Dienststellen gestattet ist, sollen, nach Umständen auch in kleineren Mengen, an den Meistbietenden verkauft werden. Die Zahlung des Kaufpreises hat vor der Abholung der Materialien und binnen zehn Tagen, die Abfuhr der gekauften Materialien binnen drei Wochen nach Ertheilung des Zuschlags zu erfolgen. Die Beförderung der Materialien von den Lagerstellen hat der Erwerber für eigene Rechnung zu bewirken.

Angebote unter genauer Bezeichnung der Materialien nach Art und Gewicht, sowie der Lagerstellen sind bis zum 4. März an die Ober-Postdirection in Leipzig einzusenden. Die Bieter bleiben bis zum 15. März an ihre Gebote gebunden.

Leipzig, 19. Februar 1891.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Sonnabend, den 21. Februar, Abends 6 Uhr im Saale der ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: Krankencassenangelegenheiten. Näheres durch besondere Einladungsschreiben.

i. A. Dr. Blass.

Bekanntmachung.

Vom 3. August vor. Js. ab ist von uns ein Hölzel'sches oder Hölzl'sches Stipendium im Betrage von 185 ℳ 51 ₰ jährlich auf vier Jahre an einen hiesigen Studirenden zu vergeben und zwar zunächst an einen solchen, welcher den Namen Hölzel oder Hölzl führt und von ehrlichen Eltern geboren ist, in dessen Ermangelung aber an einen hier studirenden Leipziger Bürgers- und Handwerksmeistersohn, bez. an ein Annaberger Stadtkind.

Wir fordern diejenigen hiesigen Herren Studirenden, welche sich in einer dieser Eigenschaften um das gedachte Stipendium bewerben wollen, auf, ihre Gesuche schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 31. März d. J. bei uns einzureichen und bemerken, daß später eingehende Gesuche unberücksichtigt bleiben müssen.

Leipzig, den 16. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wagner.

In Gemäßheit des § 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der

Schlosser Herr **Wilhelm Reinhold Kleeberg** und der Klempner Herr **Ernst Emil Mäding**, in Firma **Kleeberg & Mäding**,
L.-Anger-Crottendorf, Zweinaundorfer Straße Nr. 22,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen haben.

Leipzig, am 18. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 828. Dr. Georgi. Wolfram.

Fürst Bismarck und die Presse.

* Die „Hamburger Nachrichten" treten abermals in einem Artikel für das Recht des Fürsten Bismarck ein, seine Meinung in öffentlichen Dingen zu äußern, indem sie die Angriffe zurückweisen, die seitens eines großen Theiles der Presse gegen den Fürsten gerichtet worden sind. Das Hamburger Blatt schreibt:

„Wir fahren in der neulich begonnenen Besprechung der gegen unser Blatt wegen bestimmter Artikel desselben gerichteten Preßangriffe fort. Es ist bezeichnend, daß die ultramontanen Invectiven gegen unsere Ausführungen weitaus die heftigsten sind und an Schärfe auch diejenigen übertreffen, welche von Leuten ausgehen, die sich zu den Freunden des Fürsten Bismarck zählten, so lange dieser am Ruder stand. Dabei erscheint es auffällig, daß die ultramontanen Blätter dem früheren Reichskanzler gegenüber mit den demokratischen in einer Weise übereinstimmen, welche gemeinschaftlichen Ursprung ihrer Ergüsse vermuthen läßt. So z. B. sprechen „Westfälischer Merkur" und „Frankfurter Zeitung" beinahe mit denselben Worten von „letzten Warnungen", die dem Fürsten Bismarck zu Theil geworden seien von „Ueberraschungen", die da kommen würden und die ein neuer Beweis für den Satz sein würden, daß Niemand vor seinem Tode glücklich gepriesen werden dürfe. In unmittelbarem Zusammenhang damit wird dann wieder von Strafanträgen gegen „den Mann" geredet, der seiner Zeit mit seinen gedruckten Strafantragsformularen so viel Unheil angerichtet habe. Wir möchten bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß die früheren Strafanträge des Fürsten Bismarck nur dann gestellt worden, wenn die strafbare Preßäußerung mit Fractionspolitik in Zusammenhang stand, oder wenn die Staatsanwaltschaft den Wunsch aussprach, eine gleichzeitig vorliegende Majestätsbeleidigung durch Stellung eines Strafantrages seitens des mitbeleidigten Reichskanzlers in der gerichtlichen Ahndung zu unterstützen, welchem Ersuchen in der Regel Statt gegeben werden mußte, wenn nicht der Anschein erweckt werden sollte, daß der Reichskanzler das Ansehen der Krone nicht genügend wahre. Dies nebenbei.

Was die jetzige Drohung mit Strafanträgen gegen den Fürsten Bismarck betrifft, so ist es für die Presse, die sie erhebt, sehr charakteristisch, daß sie den sachlichen Ausführungen unseres Blattes gegenüber nichts Anderes zu thun weiß, als denunciatorisch nach Polizei und Staatsanwalt zu rufen. Es wird dadurch bewiesen, wie wenig Vertrauen die gegnerischen Blätter zu ihren eigenen Argumenten haben und wie wenig auf ihre Versicherungen, die gesetzlichen Rechte und Freiheiten aller Staatsbürger zu vertreten, zu geben ist. Wir stehen unter dem Eindruck, als würde es auf jener Seite mit Freuden begrüßt werden, wenn das System der Verwarnung, der Unterdrückung und der Verfolgung auf administrativem Wege, wie es in dem sonst so sehr gehaßten Rußland besteht, im heutigen Deutschen Reiche wegen mißliebiger Preßäußerungen zur Anwendung gelangte, natürlich nur gegen solche Organe, welche die früher von ihnen vertretene Bismarck'sche Politik fortsetzen und dem Verhalten Derjenigen verdiente Kritik angedeihen lassen, die am liebsten die Ironie der Weltgeschichte herbeiführen helfen möchten, daß der Begründer des Deutschen Reiches wegen Hoch- und Landesverrathes vor das Leipziger Reichsgericht geladen würde!

Das zweierlei Maß, welches von der klerikal-demokratischen Preßcoalition bezüglich des gleichen Rechtes für Alle angewandt wird, sobald es sich um Bismarck'sche Politik handelt, kommt übrigens auch anderweitig zur Handhabung, und zwar nicht nur in den Blättern der vorbezeichneten Richtung. Wir begegnen in einigen Organen der Forderung, daß Fürst Bismarck in der Presse entweder schweigen oder etwaige Meinungsäußerungen mit seinem Namen unterzeichnen solle. Es liegt hierin ein neuer Beweis dafür, daß die Gegner für sich nur Rechte, für Andere nur Pflichten kennen: wenigstens haben wir noch unter keinem Artikel, welcher die Forderung erhob, daß Fürst Bismarck aus seiner Verborgenheit heraustrete, die Unterschrift des Einsenders gelesen. Sie Alle halten an der Anonymität fest; wer dahinter steht, weiß man nicht. Es ist nicht einzusehen, weshalb Fürst Bismarck, wenn er überhaupt Zeitungsartikel schriebe, was wir formell bestreiten, gerade seinerseits dieselben zu unterzeichnen die Pflicht hätte.

Neben den vorerwähnten extremen Preßäußerungen gegen den Fürsten Bismarck haben wir die publicistischen Aeußerungen derjenigen „Freunde" des Fürsten ins Auge zu fassen, welche wegen der „Dankbarkeit", die das Deutsche Reich dem Fürsten schulde, auf mildernde Umstände für sein Verhalten plaidiren. Die Auffassung, die dabei zum Ausdruck gelangt, ist die, daß man gegen Jemanden dankbar sein könne, ohne in geschäftlichen Fragen Rath von ihm anzunehmen. Es trifft vollkommen zu, daß die Dankbarkeit bei für nothwendig gehaltenen abfälligen Beurtheilungen der vom Fürsten Bismarck im Amt und außer Amt für richtig gehaltenen Politik nicht maßgebend sein kann. Aber auch die „Hamburger Nachrichten", welche diese Politik vertreten, haben sich nicht von diesen „Gefühlen" leiten lassen, sondern sind von der Ansicht ausgegangen, daß der frühere Reichskanzler sein Examen in der Politik 30 Jahre lang bestanden hat, daß er jedenfalls zu unseren sachkundigsten Politikern gehört und unter ihnen derjenige ist, dem die längste Erfahrung zur Seite steht. Diese Erwägung ist es, welche die „Hamburger Nachrichten" veranlaßte, an den erprobten Principien der Regierung, welche im März vorigen Jahres ausschied, festzuhalten und Abweichungen von denselben mit Vorsicht und nicht ohne Kritik entgegenzunehmen.

Wenn von Seiten der ehemaligen Freunde des Fürsten Bismarck persönliche Beweggründe, Gereiztheit, Groll u. s. w. dem früheren Reichskanzler für sein Verhalten vindicirt werden und die thörichte Redensart vom „großen Mann und kleinen Menschen" der Feder entschlüpft, so heißt dies den von zahlreichen Besuchern des Friedrichsruher Schlosses bekundeten Thatsachen Gewalt anthun. Fürst Bismarck befindet sich nach ihren übereinstimmenden Wahrnehmungen in durchaus ruhiger Gemüthsverfassung, wenn ihn auch hier und da in schlaflosen Nächten die Sorge um die Zukunft des Gebäudes, das er hat aufrichten helfen, erfassen mag. Der Fürst verlangt auch keine Dankbarkeit, noch erwartet er solche; wohl aber hält er an den politischen Ueberzeugungen fest, die er früher nicht zum Schaden des Reiches vertreten hat. Die Angriffe und Verdächtigungen wegen seiner Haltung lassen ihn, soviel wir wissen, völlig kalt, und wir vermuthen, daß die retrospective Beurtheilung seines Verhaltens in einigen Jahren auch auf Seiten seiner jetzigen Gegner eine andere sein wird, als sie es heute ist.

Die Frage, warum es die Pflicht des Fürsten Bismarck sei, nach seinem Dienstaustritt „vornehme Zurückhaltung" zu beobachten und zwar bei der Strafe, Geringschätzungen anstatt der früheren Hochschätzungen einzuernten, vermögen wir nicht zu beantworten. Wenn ein Minister zurücktritt, weil er sich den Schwierigkeiten, die ihm die Behandlung seines Amtes auferlegt, nicht gewachsen fühlt, so kann es unter Umständen den Gegenstand seiner Erwägungen bilden, ob er berechtigt sei, dem Nachfolger, der an seiner Stelle die Geschäfte fortführt, bei Lösungen jener Schwierigkeiten entgegenzutreten, wenn er ihn auf falschen Wegen glaubt. Wir glauben aber kaum, daß diese Frage im vorliegenden Falle gegeben ist; es handelt sich unseres Erachtens nur darum, ob der zurückgetretene Minister die Ansichten, die zu seiner Demission geführt haben, noch weiter aufrecht erhält, und ob er es im Interesse seines Vaterlandes für würdiger hält, sie auch ferner zu vertreten, oder das Wohlwollen seines davon abweichenden Nachfolgers zu gewinnen.

Ebenso wenig Eindruck wie die vorstehend behandelten Einwürfe gegen sein Verhalten wird unserer Meinung nach die Behauptung auf den Fürsten machen, daß seine jetzige Stellungnahme nicht den Beifall der großen Mehrheit des deutschen Volkes habe. Fürst Bismarck ist in seinem früheren Leben hinreichend an Minoritäten gewöhnt worden. Auf dem vereinigten Landtage vom April 1848, bei der maßgebenden Abstimmung, über die Adresse und die darin ausgesprochene Anerkennung der „Revolution" bestand diese Minorität außer dem jetzigen Fürsten von Bismarck selbst nur aus Herrn v. Thadden-Trieglaff und in der Conflictszeit waren die Conservativen, die Herrn von Bismarck als leitenden Minister ihre Unterstützung gewährt hatten, auf elf reducirt. Solche Zeiten können ja wieder kommen, aber wir glauben, daß die Schuld dann nicht an dem Fürsten liegt. Wohl haben sich die Ansichten des „Eckanders", wie ihn seine Gegner mit Vorliebe bezeichnen, in wirthschaftlichen Fragen, je nachdem er sich belehrte, oder je nachdem die Bedürfnisse wechselten mit der Zeit, geändert, aber von seiner Anhänglichkeit an das monarchische Princip glauben wir nicht, daß es seit 1847 irgend welchem Wandel unterlegen ist. Die Gegner können hier mit Mephisto sagen, „er dient ihm auf besondere Weise", aber ob nicht mit klügerer Voraussicht als sie selbst, das kann nur die Zukunft lehren."

Die nationalliberale „Berliner Börsen-Zeitung" erörtert die Verhältnisse in folgender Weise:

„Fürst Bismarck hat momentan die ganze Presse, welche „Fühlung nach oben" pflegen will, gegen sich. Man nimmt von Allem Notiz, woran sich die Bemerkung knüpfen läßt, daß in allerhöchsten Kreisen Verstimmung gegen den früheren Reichskanzlers „Vorbeireden", wie der beliebte Ausdruck lautet, vorherrscht. Aber man fügt alsbald auch daran die Bemerkung, daß es fraglich erscheinen dürfe, ob gerade von dort aus gewünscht werden möchte, das bisherige Schweigen zu brechen. Was soll also der ganze Kaitenkönig von Unsinn und falschen Annahmen, sowie zweifelhaften Meldungen? Wir können es nicht ergründen, sehen auch den Zweck nicht ein. Fürst Bismarck, dessen Genie die schwierige Frage, was aus Elsaß-Lothringen nach der Annexion werden sollte, spielend löste, dessen leuchtende Erkenntniß den Dreibund schaffen half, der uns einen zwanzigjährigen Frieden brachte, dessen Zollpolitik Deutschland für den Kampf auf dem Weltmarkte erstarken machte, Fürst Bismarck ist noch immer der hohe Greis, dessen Ansichten der Nation Vertrauen einflößen .... Es wird gesagt, Fürst Bismarck erschwere durch seine Kritik den maßgebenden Männern vielfach ihre Arbeit. Diese Behauptung ist um so dreister, als erstens keinerlei Beweis dafür vorliegt, daß dies geschehen ist, und da zweitens wiederholt von „oben" verkündet wurde, die Aeußerungen des Fürsten blieben ohne Einfluß auf die Regierungs-Maßnahmen. Daß schließlich Fürst Bismarck Niemandem die im Interesse des Vaterlandes zu vollbringende Arbeit erschweren will, dürfte für den gerechten und besonnenen Theil der Bevölkerung keines besonderen Beweises bedürfen."

Was nun die auswärtige Presse anlangt, so ist auch nach England das von deutschen Blättern aufgebrachte Gerücht gedrungen, die deutsche Regierung beabsichtige, gegen den Fürsten Bismarck einen Staatsproceß einzuleiten, und so beschäftigen sich denn auch die Zeitungen schon damit. „Daily Telegraph" verlacht diesen Gedanken, auf gerichtlichem Wege gegen den größten Mann der Zeit, den Baumeister der deutschen Einheit, vorzugehen. Selbst der geschickteste und kriechendste Staatsanwalt könne aus Bismarck's gelegentlichen Aeußerungen einen Hoch- oder Landesverrath nicht construiren. Die „Times" hält gleichfalls einen Staatsproceß für unmöglich, ermahnt aber Bismarck, statt des chronischen Zeitungskrieges gegen den Kaiser ein Reichstagsmandat zu erwerben und eine parlamentarische Opposition in Scene zu setzen. Die „Morningpost" besitzt die edle Dreistigkeit, zu behaupten, Fürst Bismarck strebe darnach, seine Rückkehr in das Amt zu erzwingen. Dieser Behauptung widersprechen alle Nachrichten aus Friedrichsruh. So schreibt der „Hamburgische Correspondent":

„Nach sehr zuverlässigen Mittheilungen kann eine Reise des Fürsten nach Berlin und sein Auftreten in der parlamentarischen Arena nicht für wahrscheinlich gelten. Die Gründe, die dagegen sprechen, sind weniger äußerlicher Natur, obgleich auch seine Unterkunft in Berlin, sociale Beziehungen und dergleichen in Betracht kommen mögen. Allein vor Allem ist die vielfach gehegte Voraussetzung irrig, als befinde sich der frühere Kanzler in einer erregten, erbitterten, kampflustigen Stimmung. Wir hören vielmehr — und auch die Mittheilungen über den Empfang der Augsburger Deputation scheinen damit völlig übereinzustimmen —, daß sich der Fürst mit seiner Entfernung von den Amtsgeschäften vollkommen abgefunden hat, ohne sonderliche Schärfen über Personen und Dinge sich äußert und sich seelisch so zufrieden fühlt, wie er sich körperlich wohl befindet."

Die „neue Aera" aber stützt sich immer mehr auf die officiöse Presse, um ihre Actionen zu vertheidigen. So versichert neuerdings eine inspirirte Correspondenz der Wiener „Politischen Correspondenz" aus Berlin, daß an den immer wieder von Neuem auftauchenden Gerüchten über bevorstehende Personal-Veränderungen im preußischen Ministerium oder anderweitiger Combinationen in und mit den Reichsämtern „kein wahres Wort" sei. Des Weiteren wird der „Politischen Correspondenz" gemeldet, daß Grund zur Annahme vorliege, der „Reichs-Anzeiger" werde, wenn es nothwendig erscheinen sollte, falschen Angaben der „Hamburger Nachrichten" auch in Zukunft mit Berichtigungen entgegentreten. In maßgebenden Kreisen hege man die Hoffnung, daß die Autorität der urkundlich verbürgten Angaben der deutschen und preußischen Regierung doch größere Wirkung üben werde, als die in den „Hamburger Nachrichten" enthaltenen Reminiscenzen.

Die Mehrzahl des deutschen Volkes aber hält daran fest, daß man dem größten Staatsmanne unserer Zeit das Recht der freien Meinungsäußerung nicht verkümmern darf, wenn es sich darum handelt, sein Werk, die Schöpfung des Deutschen Reiches, zu vertheidigen. So viel Dankbarkeit ist der Nation trotz des kläglichsten Parteizwistes, der ihre besten Kräfte verzehrt, geblieben, und jeder wahrhaft loyale Bürger des neuen Reiches hegt nur den einen Wunsch: die Politik der Nachfolger des Fürsten Bismarck mit gutem Gewissen und warmem Herzen unterstützen zu können.

Manöver-Vorbereitungen in Frankreich.

Die nächsten großen Manöver in Frankreich werden das 5., 6., 7. und 8. Armeecorps mit den Hauptquartieren Orleans, Chalons sur Marne, Besançon und Bourges umfassen, das heißt alle an der Ostgrenze liegenden Truppen. Es sind das militairische Dispositionen, gegen welche sich nichts einwenden läßt, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Auswahl der betheiligten Armeecorps den Ernstfall sehr deutlich berücksichtigt. Ein ähnlicher Vorgang hat im vorigen Jahre in Rußland stattgefunden, als Volhynien zum Gefechtsfelde für die russischen Manöver ausersehen wurde. Die Angelegenheit wurde in Oesterreich sehr eifrig erörtert, man kam aber zu dem Schlusse, daß Rußland innerhalb seines Gebietes volle Handlungsfreiheit auch in militairischer Beziehung habe, und enthielt sich jeglicher amtlichen und nichtamtlichen Aeußerung darüber. Die Manöver fanden statt, nachdem die militairischen Autoritäten in Rußland die Wahl der Truppen und des Terrains durch die Interessen des Dienstes geboten erklärt hatten, die Aufregung in Oesterreich legte sich, und die Manöver sind ohne weitere Beunruhigung vorübergegangen. Vielleicht ist die Sachlage in Frankreich doch ein wenig anders und die Gefahr irgend einer plötzlichen Wendung an der französischen Ostgrenze näher liegend, andererseits ist die Verkündigung der beabsichtigten Maßnahmen ein halbes Jahr vor ihrer Ausführung hinreichend, um dem Nachbarreiche die Anwendung der vollen Vorsicht zu ermöglichen, welche so starke Truppenansammlungen an der Grenze nöthig machen. Herr Freycinet hat seit Antritt seines Amtes als Kriegsminister so große Anstrengungen gemacht, die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der französischen Armee zu erhöhen, er hat sich in so bemerkenswerther Weise mit der Frage beschäftigt, ob die Befestigungen von Paris allen Anforderungen entsprechen, daß der Wunsch daraus erkennbar ist, als Civil-Kriegsminister eine doppelte Thätigkeit zu entfalten, damit ihm nicht eines Tages der Vorwurf mangelnden Sachverständnisses gemacht werden könne. Wenn militairische Tüchtigkeit und Erfahrung durch Eifer aufgewogen werden kann, so hat Herr Freycinet diese Aufgabe gewiß nach beiden Kräften gelöst, in Deutschland denkt man freilich über diese Möglichkeit anders.

Die Proben auf die Kriegstüchtigkeit der Armee erfahren mit jedem Jahre eine Steigerung. Nachdem Rußland im Jahre 1890 den Anfang gemacht hat, mit großen Massen zu operiren, sehen sich die übrigen Militairstaaten genöthigt, hinter diesen Leistungen nicht zurückzubleiben, und so werden wir denn im nächsten Spätsommer das Schauspiel erleben, daß halb Europa in ein großes Kriegslager verwandelt erscheint, obwohl der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens überall im Wachsen begriffen ist. Auch in dem ostentativen Frankreich beginnen sich bereits die Folgen der allzu straff angezogenen Kriegsbereitschaft zu zeigen, es werden Stimmen laut, welche der Ermäßigung der Anforderungen an die Wehrpflichtigen nach der Rückkehr in ihr bürgerliches Verhältniß gestellt werden. Das ist ein Zeichen, daß der Höhepunkt erreicht ist und daß eine Aenderung nicht mehr allzufern erscheint. Natürlich haben Bemühungen, welche auf Abrüstung gerichtet sind, noch heute ebenso wenig Aussicht auf Erfolg, aber es ist schon viel gewonnen, wenn ein Stillstand in der fortwährenden Erhöhung der Schlagfertigkeit eintritt, wenn die Haupttreiber der höchsten Kriegsbereitschaft zum Bewußtsein darüber kommen, daß Alles in der Welt seine Grenzen hat. Frankreich phantasirt stets von seinen Aufgaben als Weltmacht, von der Nothwendigkeit, auf alle Fälle vorbereitet zu sein, im Grunde genommen haben aber alle Vorbereitungen auf militairischem Gebiete doch nur den einen Zweck, eine sich darbietende Wendung in den europäischen Verhältnissen für die Wiederherstellung des früheren Uebergewichts Frankreichs in Europa zu benutzen.

Der Unterschied zwischen sonst und jetzt ist trotzdem sehr bedeutend, denn Frankreich verhält sich heute ruhig und vorsichtig, frei von der Neigung zu Herausforderungen, welche noch vor einigen Jahren augenscheinlich vorhanden war. Wir können uns dazu Glück wünschen, denn ein Krieg mit Frankreich würde unter allen Umständen eine sehr ernste Sache sein, ganz abgesehen von dem schließlichen Ausgange. Frankreich ist heute sehr viel besser gerüstet als im Jahre 1870, es ist uns an Truppenzahl überlegen, und die Tüchtigkeit der Ausbildung der Truppen erfreut sich des Lobes der Sachverständigen.

Der Sturz Crispi's war für den kriegslustigen Theil der Franzosen ein Antrieb zu neuen Hoffnungen, aber bald erhielt die Erkenntniß die Oberhand, daß die auswärtigen Beziehungen Italiens unter Rudini die gleichen sein würden, wie sie unter Crispi gewesen waren. Auch die politischen Leidenschaften der Italiener gehen nicht so weit, daß sie den Dreibund sprengen wollen, um an Stelle desselben das italienisch-französische Bündniß zu setzen. Gute Beziehungen Italiens zu Frankreich in dem Sinne, wie sie Rudini versteht, genügen den Franzosen nicht, sie wollen festen Anschluß und Verfügung über die Streitkräfte Italiens. Das wäre allerdings der Weg, wie sich ein allgemeiner Krieg entzünden ließe, aber selbst dann wäre der Erfolg zweifelhaft, weil Deutschland und Oesterreich eine sehr achtungswerthe Macht bilden, die auch auf der Balkanhalbinsel viele Sympathien hat. Italien hat es bei Custozza erfahren, was die österreichischen Waffen vermögen, und beim Ausbruch eines neuen Krieges würde Italien zunächst dem Anprall Oesterreichs ausgesetzt sein. Das wissen die Italiener sehr gut und deshalb halten sie am Dreibund fest, ob auch die Franzosenfreunde damit nicht einverstanden sind.

Alle diese Verhältnisse haben sich dem Verständniß der Regierungen und eines großes Theiles der Völker so tief eingeprägt, daß der Boden, auf welchem der europäische Friede ruht, heute als fest und kaum zu erschüttern angesehen werden kann. Rußland und Oesterreich haben soeben eine gegenseitige Annäherung vollzogen, Deutschland und Frankreich haben in neuester Zeit vielfache Berührungspunkte gefunden, und der Regierungswechsel in Italien ist für die internationalen Beziehungen gänzlich unwirksam geblieben. Wir befinden uns in der glücklichen Lage, auch französische Truppenbewegungen, welche

SLUB
Wir führen Wissen.